

Persönliche Erklärung von Christian Sterzing MdB und Ulrike Höfken MdB Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Protokollerklärung gem. § 31 GO

- (1) Nach den fürchterlichen terroristischen Anschlägen in den Vereinigten Staaten haben wir unsere Solidarität mit den Opfern, ihren Angehörigen und der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten erklärt. Wir haben anerkannt, dass der UN-Sicherheitsrat das individuelle und kollektive Selbstverteidigungsrecht der Vereinigten Staaten anerkannt und damit dem Kampf gegen den Terrorismus eine völkerrechtliche Grundlage gegeben hat. Ferner haben wir – wie z.B. der Bundestag sowie die Partei Bündnis 90/Die Grünen in mehreren Beschlüssen – zum Ausdruck gebracht, dass unsere Bereitschaft zur praktischen Solidarität unter bestimmten Bedingungen auch die Bereitstellung militärischer Mittel umfasst.
- (2) Unsere Solidarität haben wir immer als kritische, nicht als uneingeschränkte verstanden. Deshalb haben wir uns – z.B. als Erstunterzeichner des Berliner Aufrufs – gegen den Krieg in Afghanistan gewandt und uns für eine Bekämpfung des Terrorismus mit zivilisierten Mitteln eingesetzt, weil auch im Kampf gegen den Terror die Wertauffassungen und Grundsätze unserer Gesellschaft nicht Schaden nehmen dürfen. Die Luftangriffe in Afghanistan haben angesichts der wachsenden Zahl ziviler Opfer, von Flächenbombardements und des Einsatzes von Streubomben den Kriterien und Bedingungen, unter denen wir den Einsatz militärpolizeilicher Mittel gegen den Terror und seine Unterstützer für noch vertretbar halten, nicht entsprochen. Jede Planung und Durchführung militärischer Maßnahmen muss das Prinzip der Verhältnismäßigkeit und der Vermeidung ziviler Opfer beachten. Wir haben uns deshalb für eine Aussetzung der Bombardierungen eingesetzt, um die humanitäre Hilfe für die hungernden und flüchtenden Menschen in Afghanistan mit zu verbessern. Zudem war für uns nicht erkennbar, dass die militärischen Maßnahmen in ein politisches Gesamtkonzept eingebettet waren, da nach unserer Überzeugung der Kampf gegen den Terrorismus nur dann dauerhaft Erfolg haben kann, wenn politische, ökonomische, humanitäre, ordnungs- und strukturpolitische, polizeiliche und sicherheitsdienstliche Maßnahmen im Vordergrund stehen.
- (3) Aufgrund dieser kritischen Zwischenbilanz der Luftangriffe in Afghanistan erschien uns eine Beteiligung deutscher Soldaten nicht vertretbar. Das von der Bundesregierung beantragte Mandat sieht zudem nur eine Bereitstellung von Streitkräften vor; im Rahmen dieses Mandats soll die konkrete Einsatzentscheidung für ein Jahr der Bundesregierung vorbehalten bleiben. Wir befürchten deshalb eine Entparlamentarisierung der gemäß dem Grundgesetz allein dem Parlament vorbehaltenen Entscheidung über Bundeswehreinätze. Unklarheiten im Hinblick auf den Auftrag, das Einsatzgebiet und die Kommandostrukturen der deutschen Streitkräfte sowie der parlamentarischen Beteiligung konnten erst durch eine Protokollerklärung der Bundesregierung präzisiert werden.
Als Abgeordnete haben wir erreichen können, dass der Einsatz der Bundeswehr durch einen zusätzlichen Antrag und eine verbindliche Protokollerklärung der Bundesregierung substantiell begrenzt und in ein politisches und humanitäres Konzept eingebunden wurde. Wichtige Bestandteile sind eine entschiedene Bekämpfung der Ursachen des Terrors, zivile Konfliktlösungsstrategien, humanitäre Flüchtlingsversorgung, die zusätzliche Finanzierung von Entwicklungsmaßnahmen u.a.
- (4) Die Entscheidung des Kanzlers, angesichts der wachsenden Ablehnung des Antrags der Bundesregierung in den Regierungsfractionen die Entscheidung über den Bundeswehreinatz mit der Vertrauensfrage zu verbinden, machte es uns unmöglich, die ohnehin sehr schwierige Entscheidung über die Entsendung deutscher Soldaten allein an dem zu orientieren, was uns unsere politische Überzeugung und unser Gewissen in Sachen Militäreinsätze gebietet. Mit der Gewissensfrage wurde die Entscheidung über das Schicksal der rotgrünen Koalition verbunden, eine Frage,

die aufgrund ihrer weitreichenden Folgen an Bedeutung der Gewissensentscheidung gleichkommt.

- (5) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen (Artikel 38 Absatz 1 Satz 2 GG). Der Bundeskanzler hat das Recht, jederzeit die Vertrauensfrage zu stellen. Gemäß Art. 68 GG hat er auch das Recht die Vertrauensfrage mit einer Sachfrage zu verbinden. Bei der heutigen Entscheidung ist jedoch die Vertrauensfrage mit einer Gewissensfrage verbunden. Das verfassungsgemäße Recht des Bundeskanzlers zur Stellung der Vertrauensfrage kollidiert also mit dem verfassungsgemäßen Recht der Abgeordneten auf eine freie Gewissenentscheidung. Das berührt Grundfragen unseres Verständnisses einer parlamentarischen Demokratie und erweist dieser sowie der Glaubwürdigkeit des Parlaments und der Abgeordneten keinen guten Dienst. In einer Mandatsaufgabe kann und darf nicht die Lösung dieses Dilemmas liegen. Dies entspricht nach unserer Überzeugung nicht dem Abgeordnetenbild, das den Vätern und Müttern des Grundgesetzes vorschwebte.

Die Verknüpfung führt auch in der Sache zu absurden Ergebnissen: Am Freitag werden die Abgeordneten der Union und FDP, obwohl sie vorbehaltlos den Krieg in Afghanistan und den Antrag der Bundesregierung unterstützen, den Antrag der Bundesregierung ablehnen. Dagegen werden eine Reihe von Abgeordneten, die eine militärische Reaktion auf den 11. September ablehnen oder Kritik an der Operation Enduring Freedom oder dem Antrag der Bundesregierung haben und deshalb den Antrag der Bundesregierung ablehnen, zustimmen.